

Inhaltsverzeichnis

1. Peter Bleser	
2. Seitenwechsler im Überblick	
3. Seitenwechsel	
4. CDU	
5. Monsanto	
6. Deutscher Raiffeisenverband	

Peter Bleser

Seitenwechsel



- [Seitenwechseltabelle](#)
- [Was ist das Problem?](#)

Peter Bleser (*3. Juli 1952 in Brachtendorf), CDU-Bundestagsabgeordneter und Mitglied des Bundestagsausschusses für Wirtschaft und Energie, war bis 2018 Parl. Staatssekretär im [Bundeslandwirtschaftsministerium](#) und bis 2011 Aufsichtsratsvorsitzender der [Raiffeisen Waren-Zentrale Rhein-Main](#) eG (RWZ). Er gilt durch seine Funktionen in der RWZ und durch seine Verbindungen zu [Monsanto](#) ^[1] als Hardliner der industriellen Landwirtschaft. Er nutzte seine Positionen als Bundestagsabgeordneter und als Vorsitzender der Arbeitsgruppe Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz immer wieder um Interessen der Industrie zu vertreten. ^[2]

Im November 2017 hat der Bundestag die Immunität von Bleser wegen Verdachts der Untreue aufgehoben. Es ging um den Anfangsverdacht, ab 2004 oder 2005 bis 2015 zunächst als Schatzmeister des CDU-Kreisverbands Cochem-Zell und danach als Schatzmeister der CDU Rheinland-Pfalz sechs Spenden in Höhe von insgesamt 56.000 Euro angenommen zu haben, die dem früheren Geheimagenten Werner Mauss zuzurechnen seien. ^[3]

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	2
2 Wirken	3
2.1 Vertreter einer industriellen Landwirtschaft	3
3 Zitate über Bleser	3
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	3
5 Einzelnachweise	3

Karriere

- 02/2011-03/2018 Parl. Staatssekretär im [Bundeslandwirtschaftsministerium](#)
- 2004-2014 Vorsitzender des Bundesfachausschusses Ernährung und Landwirtschaft der CDU
- 2005-2011 Vorsitzender der Arbeitsgruppe Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz der CDU /CSU-Bundestagsfraktion
- 1996-02/2011 Aufsichtsratsvorsitzender und Mitglied des Aufsichtsrates der [Raiffeisen Waren-Zentrale Rhein-Main](#) eG
- 1990-2011 Mitglied im Bundestagsausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
- seit 1990 Mitglied des Bundestages

Quelle: ^[4], ^[5]

Weitere Funktionen

- 2006-2016 Landesschatzmeister der CDU Rheinland-Pfalz
- 2008-02/2011 [Deutscher Raiffeisenverband](#), Mitglied des Präsidiums
- 2007-02/2011 [Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe](#) (FNR), Mitglied des Vorstandes
- 2006-02/2011 [Heinz-Lohmann Stiftung](#), Sitz im Kuratorium^[6], Träger der Heinz-Lohmann Stiftung ist die Lohmann & Co. Aktiengesellschaft, ein Unternehmen der im Besitz der Familie Paul-Heinz Wesjohann stehenden [PHW-Gruppe](#). Die PHW-Gruppe ist ein großer deutscher Geflügelzüchter und -verarbeiter, mit dem Aushängeschild die Geflügelmarke WIESENHOF.^[7]

Wirken

Vertreter einer industriellen Landwirtschaft

Peter Bleser gilt als Vertreter der industriellen Landwirtschaft und befürwortet die Nutzung von Gentechnik. Er war in diversen landwirtschaftlichen Organisationen tätig und vernetzt, unter anderem war er Aufsichtsratsvorsitzender der [Raiffeisen Waren-Zentrale Rhein-Main](#) eG. Die RWZ ist die *"drittgrößte der derzeit in Deutschland im Agrarhandel tätigen genossenschaftlichen Warenzentralen"*^[8] und produziert unter anderem Futtermittel und Düngemittel. Die Verbindungen von Bleser zur Agrarindustrie wurden wiederholt kritisiert, so z.B. vom [Bund für Umwelt und Naturschutz](#) (BUND) und der [Assoziation ökologischer Lebensmittel-Hersteller](#) (AoEL).

Zitate über Bleser

„Die Berufung von Peter Bleser ist ein fatales Signal an den Verbraucherschutz und auch an die Landwirte. Hier wird der Bock zum Gärtner gemacht“ BUND-Sprecherin Reinhild Benning über Bleser.^[9]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Greenpeace Bericht über Monsanto](#), Webseite des Greenpeace-Magazin, abgerufen am 16.02.2011
2. ↑ [Rede von Peter Bleser](#), Webseite von Peter Bleser, abgerufen am 16.02.2011
3. ↑ [Ermittler durchsuchen CDU-Zentrale, Immunität aufgehoben](#), welt.de vom 22.11.2017, abgerufen am 12.05.2018

4. ↑ [Biografie Peter Bleser](#), bundestag.de, abgerufen am 18.07.2018
5. ↑ [Peter Bleser kein Staatssekretär mehr](#) SWR vom 12.3.2018, abgerufen am 11.06.2018
6. ↑ [Politiker mit Stallgeruch](#), TAZ vom 23.02.2011, abgerufen am 22.02.2011
7. ↑ [Tätigkeitsbericht der Heinz-Lohmann-Stiftung](#) abgerufen am 26.11.2012
8. ↑ [Unternehmensprofil](#), Webseite der Raiffeisen Waren Zentrale, abgerufen am 15.02.2011
9. ↑ [Ilse Aigner und der "Bauernfilz"](#), Stern-Online vom 31 Januar 2011, abgerufen am 15. Februar 2011

Seitenwechsler im Überblick

Weiterleitung nach:

- [Seitenwechsler in Deutschland im Überblick](#)

Seitenwechsel

Weiterleitung nach:

- [Seitenwechsel und Karenzzeiten \(Überblick\)](#)

CDU

Inhaltsverzeichnis

1 Positionen zu Lobbyismus	5
1.1 Bundestagswahl 2025	5
1.2 Bundestagswahl 2021	5
1.3 Bundestagswahl 2017	5
1.4 Bundestagswahl 2013	6
1.5 Bundestagswahl 2009	6
2 Finanzierung	6
2.1 Rechenschaftsberichte	6
2.2 Top-Spender	7
2.3 Gesamteinnahmen	8
2.4 Verdacht der illegalen Einflussspende an die Berliner CDU	9
2.5 Sponsoring	10
3 Wirtschaftsrat der CDU	11
4 Bundesvorsitzender Merz	11
5 Generalsekretär Linnemann	11
6 Bundesgeschäftsführer Birkenmaier	11
7 Beteiligungen an Unternehmen	11
8 Weiterführende Informationen	12
9 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	12
10 Einzelnachweise	12

Positionen zu Lobbyismus

Bundestagswahl 2025

Das Wahlprogramm der CDU/CSU für die Bundestagswahl 2025 enthält keinerlei Forderungen zu schärferen Regulierung von Parteispenden, Lobbyismus oder für mehr Transparenz.^[1]

Bundestagswahl 2021

Weder im Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2021 noch im Grundsatzprogramm der CDU werden Fragen von Lobbyismus und Transparenz behandelt. Die Union hat jedoch in der 19. Legislatur gemeinsam mit der SPD nach großen Skandalen in der Union ein Lobbyregister und Änderungen im Abgeordnetenrecht geschaffen, die wichtige Schritte hin zu mehr Transparenz bedeuten.

Hintergründe und ausführliche Informationen sind unter [Lobbyregister Deutschland](#) und [Nebentätigkeiten von Bundestagsabgeordneten in Deutschland](#) zu finden.

Bundestagswahl 2017

Die Unionsparteien sind in Sachen Lobbykontrolle bisher vor allem durch Eines aufgefallen: eine strikte Verweigerungshaltung. Ob im Bundestag, in Anhörungen oder bei anderen Auftritten: Unionsvertreter/innen sagten immer wieder, es gäbe keinerlei Handlungsbedarf. Dabei stellten sie immer wieder nachweislich falsche Behauptungen in den Raum. Zum Beispiel, dass Sponsoringeinnahmen der Parteien völlig transparent seien. Im gemeinsamen Wahlprogramm tauchen Themen wie Transparenz oder Schranken für Lobbyist/innen schlichtweg nicht auf.^[2] In der zurückliegenden Wahlperiode und auch zuvor blockierte die Union nahezu alle Initiativen für mehr Lobbykontrolle. So vermochte sie in der Debatte um ein verpflichtendes Lobbyregister „kein Transparenzdefizit“ erkennen und lehnte dementsprechend eine bessere Regelung ab. Ausnahmen waren die mit der SPD im Koalitionsvertrag 2013 vereinbarten Vorhaben zur Karenzzeit und zur Abgeordnetenbestechung (siehe SPD), wobei die Union auch dabei auf möglichst schwache Regeln drängte.

Für sich entdeckte die Union nur einmal ein lobbykritisches Thema: Als im Wahlkampf 2013 die Nebeneinkünfte des SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück für Wirbel sorgten, sparte die Union nicht mit Kritik. Im Ergebnis wurden die Stufen, anhand derer die Abgeordneten ihre Nebeneinkünfte offenlegen müssen, von drei auf zehn erweitert. Während des „Rent-a-Sozi“-Skandals (Ende 2016) um gekauften Zugang zu SPD-Spitzenpolitiker/innen hingegen hielt sich die Union bedeckt und verweigerte politische Konsequenzen. Das mag auch damit zusammenhängen, dass schon vor Jahren ähnliche Zugangsgeschäfte mit den CDU-Ministerpräsidenten Rüttgers und Tillich aufgefliegen waren.

Die Union setzte durch, dass Ex-Finanzminister Theo Waigel, der nach seinem Ausscheiden aus dem Amt in zahlreiche Lobbyjobs wechselte, Mitglied des dreiköpfigen Karenzzeit-Gremiums wurde. Dieses Gremium soll der Bundesregierung Empfehlungen zum Umgang mit eben solchen Seitenwechslern geben.

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen.
Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und
werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Bundestagswahl 2013

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 hat [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien um Stellungnahme gebeten. Sie sollten Auskunft darüber geben, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) ("Abkühlphasen") für scheidende Politiker, Abgeordnetenkorruption und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden. Die ausführliche Auswertung der Antworten der Parteien findet sich auf der Seite von LobbyControl.^[3]

Bundestagswahl 2009

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2009 bat [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien ebenfalls um Stellungnahme. Sie sollten Auskunft geben, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) ("Abkühlphasen") für scheidende Politiker, [Lobbyisten in Ministerien](#) und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden. Die vollständigen Antworten der Parteien und eine detaillierte Auswertung finden sich auf der Webseite von [LobbyControl](#) ^[4]

Finanzierung

Die CDU erhielt seit dem Jahr 2000 insgesamt 150.096.032,07 Euro an Großspenden von jeweils über 10.000 Euro, davon 71.086.700,18 Euro von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden. Damit ist die CDU mit großem Abstand Spitzenreiter vor allen anderen Parteien in Deutschland. Einnahmen der Schwesterpartei [CSU](#) sind darin nicht enthalten. Mit Blick auf Lobbyeinflüsse bedenkliche Einnahmen kommen zudem durch [Parteisponsoring](#) zustande, das in den Rechenschaftsberichten jedoch nicht gesondert ausgewiesen wird. Ein Überblick über die gesamten Finanzierungsquellen der Parteien findet sich im Artikel [Parteienfinanzierung](#).

Rechenschaftsberichte

Die Parteien müssen nach dem deutschen Parteispendengesetz § 23 ff. Rechenschaft für ihre Finanzen ablegen, indem sie einen Rechenschaftsbericht verfassen, der von der Bundestagsverwaltung geprüft und veröffentlicht wird. Diese Rechenschaftsberichte werden erst im jeweils übernächsten Jahr veröffentlicht. Sie enthalten u.a. alle Spenden ab einer Grenze von 10.000€. Spenden unterhalb dieser Grenze bleiben in Deutschland intransparent.

Rechenschaftsberichte der CDU

nach Jahren sortiert
Rechenschaftsbericht 2012
Rechenschaftsbericht 2013
Rechenschaftsbericht 2014
Rechenschaftsbericht 2015
Rechenschaftsbericht 2016
Rechenschaftsbericht

nach Jahren sortiert
2017
Rechenschaftsbericht 2018
Rechenschaftsbericht 2019
Rechenschaftsbericht 2020
Rechenschaftsbericht 2021
Rechenschaftsbericht 2022
Rechenschaftsbericht 2023

Top-Spender

Die 10 Topspender der CDU in den Jahren 2020-2024 waren:

Spender	Summe	Zusammensetzung
Christoph Alexander Kahl	1.978.160 €	
DVAG (Firmengeflecht)	1.591.001 €	Spenden von Deutscher Vermögensberatung AG, Allfinanz Deutsche Vermögensberatung sowie Bundesverband Deutscher Vermögensberater
Familie Gröner	880.000 €	Spenden von Gröner Family Office GmbH und Christoph Gröner
Schambach, Stephan	1.238.000 €	
Familie Quandt /Klatten (BMW)	650.010 €	Spenden von Susanne Klatten, Stefan Quandt und Johanna Quandt
Dr.-Ing. E.h. Martin Herrenknecht	659.102 €	
Dr. August Oetker KG	435.500 €	Spenden von Dr. August Oetker KG, Arend Oetker, Alfred Oetker sowie Carl-Ferdinand Oetker
Droege Group AG	300.000 €	

	€	
Prof. Dr. Hans Georg Näder	299.000 €	
Gesamtmetall (Regionalverbände und Bundesverband)	438.368,85 €	Spenden von METALL NRW, Südwestmetall, Arbeitgeberverband der Metall- und Elektroindustrie Lüdenscheld sowie Gesamtmetall Gesamtverband der Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie e.V.

Weitere Spender der CDU sind über unsere [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

Gesamteinnahmen

Die **Gesamteinnahmen der CDU** setzten sich in den letzten Jahren wie folgt zusammen:

Art der Einnahmen	2023		2022		2021		2020		2019	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	36,26	21,0	36,41	26,7	37,2	23,2	37,67	24,9	37,55	24,6
Mandatsträgerbeiträge	23,06	13,3	22,32	16,3	21,89	13,6	21,54	14,2	21,12	13,8
Spenden von natürlichen Personen	12,34	7,1	10,24	7,4	26,7	16,6	17,99	11,9	16,25	10,6
Spenden von juristischen Personen	5,84	3,3	7,34	5,3	14,82	9,2	8,75	5,7	7,31	4,7
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Aus sonstigem Vermögen	3,64	2,1	1,95	1,4	1,79	1,1	5,08	3,3	2,11	1,3
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	10,91	6,3	8,9	6,5	6,15	3,8	5,76	3,8	13,48	8,8
Staatliche Mittel	57,96	33,5	44,46	32,6	51	31,8	53,73	35,5	54,1	35,3
Sonstige	22,66	13,1	0,98	0,7	0,81	0,5	0,65	0,4	0,8	0,5
Summe	172,664 Mio €		136,36 Mio €		160,36 Mio €		151,16 Mio €		152,63 Mio €	

Art der Einnahmen	2018		2017		2016		2015		2014	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %

Mitgliedsbeiträge	37,7 4	25,6 2	37,5 7	23,9 8	37, 7	26,0 3	38,7 5	25,6 4	39, 3	28, 7
Mandatsträgerbeiträge	20,7 4	14,0 8	20,0 9	12,8 2	19, 4	13,3 9	17,5 3	11, 6	17, 2	12, 6
Spenden von natürlichen Personen	12,1 1	8,2 2	22,5 8	14,4 1	15,1 3	10,4 5	20,0 6	13,2 8	12,1 4	8, 9
Spenden von juristischen Personen	4,9 7	3,3 7	12,6 3	8,0 6	7,0 5	4,8 7	10,7 4	7,1 1	6,0 5	4, 4
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0, 0	0, 0	0, 0	0, 0	0,0 3	0,0 3	0, 0	0, 0	0, 0	0, 0
Aus sonstigem Vermögen	1,7 4	1,1 8	2,0 2	1,2 9	2,3 2	1, 6	2, 8	1,8 6	3,4 4	2, 5
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	13,2 1	8,9 7	12,7 9	8,1 6	12,8 2	8,8 4	11,6 8	7,7 4	11, 7	8,5 4
Staatliche Mittel	56,1 4	38,1 0	48,3 6	30,8 6	49, 5	34,1 9	48,0 5	31, 8	46, 4	33,8 8
Sonstige	0,6 8	0,4 6	0,6 6	0,4 2	0,9 2	0,6 3	1,4 8	0,9 7	0, 8	0,5 7
Summe	147,3 Mio € 156,7 Mio € 144,83 Mio € 151,1 Mio € 137 Mio €									

Quellen:^[5]

*Anmerkung:*Die Angaben sind aufgerundet, Beispiel: Die Spenden von natürlichen Personen an die CDU im Jahr 2020 beliefen sich auf 17,986 Mio € und wurden auf 17,99 Mio € aufgerundet.

Verdacht der illegalen Einflussspende an die Berliner CDU

Christoph Gröner spendete 2020 insgesamt 820 Tsd. Euro an die Berliner CDU (320 Tsd. Euro als Privatperson und 500 Tsd. Euro über die Gröner Family Office GmbH); 2021 belief sich die Spende von Gröner auf 20 Tsd. Euro.^{[6][7]}

Die beiden Spenden von 2020 waren nach einem von LobbyControl beauftragten [Rechtsgutachten](#) wahrscheinlich illegal, weil damit Erwartungen verbunden waren, wie Gröner selbst 2021 öffentlich zugab.^[8]

Laut „Tagesspiegel“ vom 19.05.2023 beschäftigte sich der Deutsche Bundestag mit den Großspenden an die CDU.^[9] Der Vorgang sei ausgewertet worden, um über ein mögliches weiteres Vorgehen zu entscheiden. Transparency International hatte im Mai 2023 Bundestagspräsidentin Bärbel Bas in einem Brief aufgefordert, dass die Bundestagsverwaltung als zuständige Stelle die Parteispenden überprüfen solle.^[10] Ende Juli 2023 wurde bekannt, dass die Bundestagsverwaltung die Prüfung eingestellt hat. "Eine Stellungnahme der CDU habe den in Medienberichten geäußerten Verdacht eines möglichen Verstoßes gegen das Parteiengesetz ausgeräumt"^[11]

Anlass der Prüfung waren Recherchen des „Tagesspiegel“, nach denen sowohl Gröner als auch die CDU mehrfach gesagt haben, dass mit den Spenden Absprachen oder Bitten des Unternehmers verbunden seien.

- Im Podcast „Tacheles“ von Deutschlandfunk Kultur“ erklärte Gröner am 8. Mai 2021 zu seiner Großspende: „Ich habe der CDU drei Bedingungen gesetzt. Ich habe gesagt, ich möchte, dass die Kinder im Kinderheim, die behindert sind, genauso viel Geld für ihre Kleider kriegen wie die nichtbehinderten. Die kriegen nämlich 200 Euro weniger. Ich habe gesagt: Wenn das Bundesverfassungsgericht den Mietendeckel nicht abschafft, dann möchte ich auch, dass die CDU den nicht abschafft, aber modifiziert.“^[12]
- Im Tagesspiegel-Podcast „Berliner & Pfannkuchen“ erklärte Gröner in Bezug auf die Spenden: „Ich habe eine einzige Forderung an den Herrn Wegner gestellt, und die war die, dass ich gesagt habe: ‚Kinder im Kinderheim, die behindert sind, sollen bitte in Zukunft den gleichen Kleidersatz kriegen wie Kinder, die nicht behindert sind.‘(…)“ Das ist sozusagen schriftlich fixiert.“^[13]
- Auch Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner (CDU) bestätigte 2021 in einem [Interview](#), dass die Spende von Gröner mit Forderungen verbunden war.

Später bestritt Gröner, die Spenden an politische Forderungen geknüpft zu haben: Er habe im Zusammenhang mit den Spenden „nie eine Bitte geäußert, einen Wunsch erklärt, noch eine Bedingung gestellt. Und wenn ich etwas anderes gesagt habe, dann war es im Affekt (...)“.^[14] Auch die Gröner Family Business Office GmbH bezeichnete eine Verbindung zwischen Spende und Forderung nun als falsch; es sei in der Öffentlichkeit eine Diskussion entstanden, die diesen Zusammenhang konstruieren möchte.^[15] Der Regierende Bürgermeister Kai Wegner (CDU) erklärte, er sei nicht beeinflussbar.^[16] Entscheidend sei, dass er politische Entscheidungen von einer solchen Spende nicht abhängig mache. Das werde er nie tun.

Laut LobbyControl offenbart der Fall Gröner große Mängel in der Kontrolle der [Parteienfinanzierung](#) in Deutschland: „Es ist hochproblematisch, wenn bei einer Spende in dieser Größenordnung Verstöße öffentlich zugegeben werden, und die zuständige Stelle davon nicht einmal Notiz nimmt. Das Parteiengesetz muss dringend reformiert werden. Es braucht schärfere Transparenzpflichten und schnellere Offenlegung sowie eine unabhängige und mit mehr Ressourcen ausgestattete Kontrolle. Aber das alleine reicht nicht aus. Spenden in dieser Höhe sind oft mit Erwartungen verbunden, die sich schwer kontrollieren lassen, Parteien aber in Abhängigkeiten bringen. Dies gilt besonders auf Landesebene, wo einzelne Spenden den Großteil des Wahlkampfbudgets einer Partei ausmachen können, wie auch im Fall Gröner. Das wirksamste Mittel, um dieses Problem zu bekämpfen, ist deshalb ein Parteispendendeckel. LobbyControl fordert eine Obergrenze von 50.000 Euro pro Spender:in pro Jahr.“^[17]

Hintergrundanalyse von LobbyControl zu Parteispenden inkl. Kritik an den Spenden von Gröner: [Die Parteispenden steigen, die Intransparenz bleibt](#)

Sponsoring

[Parteisponsoring](#) ist bislang nicht im Parteiengesetz geregelt und fällt daher nicht unter die Transparenzregeln, die für Parteispenden gelten. Die Sponsoren vergangener CDU-Parteitage lassen sich daher nur vereinzelt durch Fotos ausgestellter Sponsorentafeln bestimmen und können z.T. auf den Webseiten der Parteitage eingesehen werden:

- [Sponsoren des 25. Parteitags der CDU, 03.-05.12.2012](#)
- [Sponsoren des 29. Parteitags der CDU, 05.-07.12. 2016](#)

- [Sponsoren des 31. Parteitags der CDU](#), 07.-08.12. 2018
- [Sponsoren des 32. Parteitags der CDU](#), 22.-23.11.2019
- [Sponsoren Landesparteitag Baden-Württemberg](#), 23.01.2021
- [Sponsoren des 34. Parteitags der CDU](#), 22.01.2022

Wirtschaftsrat der CDU

Der [Wirtschaftsrat der CDU](#), eine Vorfeld-Organisation der CDU, ist eine wichtige Lobbyorganisation von unionsnahen Unternehmern. Die Präsident:innen des Wirtschaftsrats nehmen regelmäßig an den Sitzungen des CDU-Bundesvorstands teil. Sie haben dort zwar kein Stimmrecht, können aber ihr Rederecht wahrnehmen, um die Positionen des Vorstands zu beeinflussen. Am 12. Januar 2022 veröffentlichte LobbyControl ein [Rechtsgutachten](#), das belegt, dass der Dauergast-Status des Wirtschaftsrats im CDU-Parteivorstand rechts- und satzungswidrig ist. ^[18] Der Wirtschaftsrat profitiere als Dauergast im Parteivorstand von Sonderprivilegien, obwohl der Verband formal nicht mit der Partei verbunden sei. Am 28. April 2023 hat das CDU-Parteigericht die Klage eines CDU-Mitglieds aus formalen Gründen abgewiesen. LobbyControl wertet die Urteilsbegründung dennoch als Teilerfolg und wird weitere Schritte prüfen. Hierzu könnte etwa eine erneute Klage eines Parteimitglieds mit Delegiertenstatus vor dem Parteigericht oder der Gang vor das Zivilgericht gehören. ^[19]

Bundesvorsitzender Merz

[Friedrich Merz](#), Bundesvorsitzender der CDU und Kanzlerkandidat der Union, war Top-Lobbyist und seit 1999 Präsidiumsmitglied und seit 2019 Vizepräsident des [Wirtschaftsrats](#). Nach Kritik durch [LobbyControl](#) im Jahr 2021 gab er beide Posten auf. ^[20]

Generalsekretär Linnemann

Generalsekretär [Carsten Linnemann](#) war bis 2021 Vorsitzender der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#) der CDU

Bundesgeschäftsführer Birkenmaier

Phiipp Birkenmaier war u.a. Leiter des Arbeitsstabs Mittelstandsstrategie im Bundesministerium für Wirtschaft (2019-2020) und Geschäftsführer des Parlamentskreises Mittelstand bei der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (2012-2019) ^[21]

Beteiligungen an Unternehmen

Laut [Rechenschaftsbericht 2022](#) hält die CDU Mehrheitsbeteiligungen an den folgenden Unternehmen:

- [Union Betriebs GmbH](#), Rheinbach (Medienunternehmen)
- Kommunal-Verlag GmbH (Medienunternehmen), Berlin
- CDA Verlagsgesellschaft mbH (Medienunternehmen), Berlin
- Verlags- und Werbegesellschaft für politische Meinungsbildung mbH (Medienunternehmen) , Wiesbaden
- Domizil Verwaltungs- und Verlagsgesellschaft Niederdeutsche Stimmen GmbH, Hannover
- Verlag für Landespolitik und Werbung GmbH (Medienunternehmen), Kiel
- V-G-B Verwaltungsgesellschaft für Grundstücke und Beteiligungen mbH, Düsseldorf

- Kommunalpolitische Vereinigung Dienstleistungs- und Beratungsgesellschaft mbH, Recklinghausen

Weiterführende Informationen

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Wahlprogramm von CDU und CSU](#), cdu.de, abgerufen am 18.02.2025
2. ↑ [Programm der Unionsparteien zur Bundestagswahl 2017](#), pdf (630 kB), abgerufen am 25.08.2017
3. ↑ [Wahlprüfsteine 2013 - Wie wollen die Parteien Lobbyismus kontrollieren?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 20.9.2013
4. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010
5. ↑ [Rechenschaftsberichte der Bundestagsparteien](#), bundestag.de, abgerufen am 28.07.2022
6. ↑ [Gröner Family Office GmbH](#), lobbypedia.de, abgerufen am 25.06.2023
7. ↑ [Parteispenden über 50.000 Euro 2020](#), bundestag.de, abgerufen am 25.06.2023
8. ↑ [Gröner-Spenden an die CDU: Parteien, verklagt den Bundestag!](#) www.lobbycontrol.de vom 13.09.2023, abgerufen am 27.03.2024
9. ↑ [Nach widersprüchlichen Aussagen Bundestag wertet umstrittene Gröner-Spenden an Berliner CDU aus](#), tagesspiegel.de vom 19.05.2023
10. ↑ [Gröner-Spenden an CDU: Transparency International fordert Bundestagsverwaltung zur Prüfung auf](#), transparency.de vom 17.05.2023, abgerufen am 01.07.2023
11. ↑ [Keine "Einflusssspende"](#) www.sueddeutsche.de vom 27.07.2023, abgerufen am 27.07.2023
12. ↑ [Vom Versagen der Politik und dem Wusch zu bauen](#), deutschlandfunkkultur.de vom 08.05.2021, abgerufen am 01.07.2023
13. ↑ [800.000-Euro-Spende an die CDU](#), tagesspiegel.de vom 16.05.2023, abgerufen am 01.07.2023
14. ↑ [800.000-Euro-Spende an die CDU](#), tagesspiegel.de vom 16.05.2023, abgerufen am 01.07.2023
15. ↑ [800.000-Euro-Spende an die CDU](#), tagesspiegel.de vom 16.05.2023, abgerufen am 01.07.2023
16. ↑ [Wegner dementiert Bedingungen eines Unternehmers für Parteispende](#), rbb24.de vom 21.05.2023, abgerufen am 01.07.2023
17. ↑ [Pressemitteilung vom 19.05.2023](#), abgerufen am 01.07.2023
18. ↑ [Rechtsgutachten bestätigt: Lobbyverband „Wirtschaftsrat“ gehört nicht in den CDU-Parteivorstand](#), lobbycontrol.de vom 12.01.2022, abgerufen am 14.01.2022
19. ↑ [Pressemitteilung vom 28.04.2023](#), abgerufen am 29.04.2023
20. ↑ [LobbyControl auf Twitter am 15.12.2022](#), abgerufen am 04.08.2022
21. ↑ [Dr. Philipp Birkenmaier](#), linkedin.com, abgerufen am 01.12.2024

Monsanto

Monsanto

Monsanto war der weltweit größte Agrarkonzern und führende Hersteller von genmanipuliertem Saatgut. Daneben produzierte das Unternehmen vor allem Herbizide. Monsanto hatte beste Verbindungen zur US-amerikanischen Regierung einschließlich der Geheimdienste und betrieb mit zweifelhaften Methoden eine aggressive Lobbypolitik.

Im Juni 2018 ist Monsanto von **Bayer** übernommen worden. Mit der Übernahme wird **Bayer** zum weltgrößten Anbieter von

Pflanzenschutzmitteln und Saatgut.^[1] **Bayer** wird den Namen Monsanto streichen. In einer Presseerklärung von Bayer vom 7.06.2018 wird die Integration von Monsanto in den Bayer-Konzern wie folgt beschrieben: „*Monsanto wird solange von Bayer unabhängig tätig sein bis Bayer den Verkauf seiner an BASF abzugebenden Geschäfte abgeschlossen hat. In dieser Zeit wird sich nichts ändern, einschließlich des Firmennamens. Auch wird Bayer die Integration von Monsanto erst dann fortsetzen, wenn die Veräußerungen an BASF abgeschlossen sind. Mit Beginn der Integration wird das Unternehmen Bayer heißen. Monsanto-Saatgut und andere Produktmarken (wie DEKALB, Asgrow, etc.) behalten ihre Markennamen und werden Teil des Portfolios von Bayer. Während der Unternehmensname mit Beginn der Integration Bayer sein wird, bleibt die rechtliche Struktur von Monsanto bestehen, bis auch dieser rechtliche Prozess abgeschlossen ist; dies wird mehrere Jahre dauern.*“^[2]

Branche	Agrarindustrie
Hauptsitz	St. Louis, USA
Lobbybüro Deutschland	
Lobbybüro EU	270 Av de Tervuren, Brüssel
Webadresse	monsanto.com monsanto.de

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen. Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. **Dankeschön!**



Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	14
1.1 Deutschland	14
1.2 Europäische Union (EU)	14
1.3 USA	14
1.4 International	15
2 Fallbeispiele und Kritik	15
2.1 Kontroverse um das Pflanzenschutzmittel Glyphosat	15
2.1.1 Debatte über Verbot von Glyphosat	15
2.1.2 Recherchen von LobbyControl zu Glyphosat-Studien	17
2.2 2016: Tribunal gegen Monsanto	19
2.3 2015: Enthüllung einer PR-Kampagne von Monsanto mit kooperationswilligen Wissenschaftlern in den USA	19
2.4 2013: Freihandelsabkommen und Gentech-Markt	19
2.5 2012/13: Kampagne gegen eine Gentechnik-Kennzeichnung in den USA	20
2.6 2012: Einflussnahme auf wissenschaftliche Studien	20
2.7 2009: Verleihung des "Angry Mermaid Award" (Preis der wütenden Meerjungfrau)	20
3 Struktur, Geschäftsfelder und Finanzen	20
4 Weiterführende Informationen	21
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	21
6 Einzelnachweise	21

Lobbystrategien und Einfluss

Deutschland

Peter Bleser, Bundestagsabgeordneter und agrarpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, 2011 - 2018 Staatssekretär im **Bundeslandwirtschaftsministerium**, hat laut Greenpeace 2006 eine Patenschaft für Gen-Mais-Felder von Monsanto übernommen.^[3]

Die MONSANTO Deutschland GmbH ist Fördermitglied des Vereins **Gesellschaft für konservierende Bodenbearbeitung** (GKB), welcher laut Satzung gemeinnützige Zwecke im Bereich des Natur- und Umweltschutzes verfolgt. Im Vordergrund ständen dabei die ökologischen Vorteile der konservierenden Bodenbearbeitung ohne Pflug^[4], ^[5]

Monsanto und weitere Glyphosat-Hersteller sind Mitglieder des **Forum Moderne Landwirtschaft**, dem auch der **Deutsche Bauernverband** angehört, dessen Präsident **Joachim Rukwied** Vorstandsvorsitzender des Forums ist.^{[6][7]} Als Interessenvertreter des Forums setzt er sich für die weitere Verwendung von Glyphosat ein. So erklärte er in einem Interview mit dem Deutschlandfunk, man sei nicht gut beraten, wenn man basierend auf unwissenschaftlichen Angskampagnen etwa Entscheidungen gegen Glyphosat treffe.^[8]

Europäische Union (EU)

Monsanto ist Mitglied der Verbände **European Seed Association** und **EuropaBio** sowie Mitglied des **International Life Sciences Institute** (ILSI). Weiterhin ist es in der **Glyphosat Task Force** (GFT) aktiv, in der 22 europäische Pflanzenschutzmittel-Unternehmen zusammenarbeiten, die einen gemeinsamen Antrag auf Wiedezulassung von Glyphosat in der EU gestellt haben.^[9]

Das Europäische Parlament hat Lobbyisten von Monsanto die Zugangsausweise entzogen, weil diese sich geweigert hatten, an einer Anhörung zu den „Monsanto-Papieren“ am 11. Oktober 2017 im Parlament teilzunehmen.^[10]

USA

Monsanto hat gute Kontakte zu US-Geheimdiensten, dem US-Militär, der US-Regierung und privaten Sicherheitsdiensten wie der Firma Blackwater, die im Auftrag der US-Regierung Söldner in den Irak und nach Afghanistan geschickt hat. Ehemalige Monsanto-Mitarbeiter gelangten in den USA in hohe Regierungsbehörden und Ministerien, in Industrieverbände und an Universitäten. Nach Angaben der Anti-Lobby-Organisation Open Secrets Org haben 2012 19 Monsanto-Lobbyisten teilweise hochrangige Posten in der US-Administration und sogar in Kontrollbehörden eingenommen. Nach den Enthüllungen von Wiki-Leaks hat der damalige US-Botschafter in Paris 2007 der US-Regierung vorgeschlagen, eine Strafliste für die EU-Staaten aufzustellen, die den Anbau von Gentech-Pflanzen amerikanischer Unternehmen verbieten wollen.^{[11][12]}

International

Monsanto ist Kooperationspartner des weltweit aktiven [Health and Environmental Sciences Institute \(HESI\)](#), einer Tochtergesellschaft des [International Life Sciences Institute \(ILSI\)](#).^[13]

Fallbeispiele und Kritik

Kontroverse um das Pflanzenschutzmittel Glyphosat

Debatte über Verbot von Glyphosat

In der EU gibt es eine Debatte, ob und wie der Einsatz des Pflanzenschutzmittels Glyphosat reglementiert werden soll.^[14] Die Süddeutsche Zeitung berichtete im Juli 2015, dass das Geschäftsergebnis von Monsanto maßgeblich vom Verkauf von Glyphosat abhängt. Konzernvertreter griffen deswegen massiv in die wissenschaftliche Debatte ein und kritisierten insbesondere die Glyphosat-kritische Sicht der Weltgesundheitsorganisation (WHO), die Glyphosat im März 2015 als "wahrscheinlich krebserregend" einstufte.^[15] "Das Unternehmen lässt keine Gelegenheit aus, das Urteil der WHO-Krebsforscher zu diskreditieren. Monsanto-Chef Hugh Grant bezeichnet die Studie gar als 'Junk Science', also als Schrottforschung, und stellt damit die Kompetenz von 17 international anerkannten Toxikologen infrage".^[16] Monsanto verwies in diesem Zusammenhang auf das [Bundesinstitut für Risikobewertung \(BfR\)](#), welches von der EU mit der Neubewertung der Gefährlichkeit des Unkrautvernichters beauftragt wurde und dafür der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) zuarbeiten soll. Bereits im Januar 2015 fertigte das BfR einen vertraulichen Bericht über Glyphosat an, [zu dem Monsanto und andere Hersteller von Glyphosat Zugang hatten, nicht aber Umweltschutzverbände](#). Nach Auswertung zahlreicher Studien konnte das BfR schließlich „keine Hinweise auf eine krebserzeugende, reproduktionsschädigende oder fruchtschädigende Wirkung durch Glyphosat bei Versuchstieren“ feststellen und empfahl eine erneuerte Zulassung von Glyphosat.^[17] Umweltschützer kritisierten jedoch, dass ausgerechnet im BfR-Gremium zur Bewertung von Pestiziden auch Vertreter der deutschen Chemiekonzerne BASF und Bayer sitzen.^[18] Konzerne also, die ebenfalls beträchtliche Umsätze mit dem Verkauf von Pflanzenschutzmitteln generieren und somit naturgemäß wenig Interesse an einem Verbot von Glyphosat haben. Gleiches gilt für die EFSA, in der 59% der Mitarbeiter laut einem Bericht der Corporate Europe Observatory (CEO) Verbindungen zur Landwirtschafts- oder Lebensmittelindustrie haben.^[17] Eine Analyse der Süddeutschen Zeitung kam weiterhin zu dem Schluss, dass viele der vom BfR zur Bewertung herangezogenen Studien in Wahrheit Leserbriefe an Fachzeitschriften waren, die größtenteils von Monsanto-Mitarbeitern verfasst wurden.^[19] Am 27. November 2015 erhoben zudem knapp 100 Wissenschaftler:innen in einem offenen Brief an den EU-Gesundheitskommissar schwere Vorwürfe gegen die EFSA und das BfR.^[20] Die Analyse der deutschen Behörde sowie die darauf aufbauende Bewertung der EFSA enthalte schwerwiegende Mängel, sie sei in Teilen "wissenschaftlich inakzeptabel", und die Ergebnisse seien "durch die vorliegenden Daten nicht gedeckt".^[21]

Im März 2016 entschied eine Baumarktkette, glyphosathaltige Spritzmittel aus dem Sortiment zu nehmen.^[22]

Im Juni 2016 wurde bekannt, dass eine Initiative für "mehr Transparenz" des zuständigen EU-Gesundheitskommissars Vytenis Andriukaitis mit der Industrie abgesprochen war. Er hatte die Industrie öffentlich dazu aufgefordert, bisher geheime Krebsstudien zu Glyphosat zu veröffentlichen. Darauf reagierten Industrievertreter mit dem Versprechen, Leseräume für diese Studien einzurichten - sie waren zuvor über die Erklärung des Kommissars informiert. Die entsprechenden Zugangsmöglichkeiten zu den Dokumenten wurden jedoch nicht geschaffen.^[23]

Nachdem es im EU-Ministerrat zunächst keine Mehrheit für eine Verlängerung der Zulassung um weitere zehn Jahre gab, verlängerte die EU-Kommission die einseitig bis Ende 2017. Monsanto kündigte an, in dieser Zeit weiter Lobby- und PR-Arbeit für den Einsatz von Glyphosat zu machen.^[24] Bundeskanzlerin **Merkel** (CDU) sprach sich im August für den weiteren Einsatz aus.^[25]

Im März 2017 veröffentlichte die [Europäische Chemikalienagentur](#) ECHA eine Studie, nach der Glyphosat nicht krebserregend ist.^[26] Die ECHA bewertete dabei jedoch nur die inhärente Gefährlichkeit von Glyphosat und nicht die mit den einzelnen Verwendungen verbundenen Risiken.^[27] Fast gleichzeitig berichtete die New York Times darüber, wie Monsanto in der Vergangenheit und hinter den Kulissen Einfluss auf einzelne Wissenschaftler und auf die amerikanische Behörde EPA genommen haben soll.^[28] So soll Monsanto im Verborgenen an Studien mitgearbeitet haben, die später als Arbeiten unabhängiger Wissenschaftler ausgegeben worden seien. Ein weiterer Vorwurf lautet, das Unternehmen habe gezielt darauf hingewirkt, eine eigenständige Untersuchung des Unkrautvernichters durch das US-Gesundheitsministerium zu verhindern. Der Bericht beruht auf Dokumenten aus einem Gerichtsverfahren. Gleichwohl bestreitet Monsanto die Vorwürfe. Die amerikanischen und die europäischen Aufsichtsbehörden verlassen sich ohnehin im Wesentlichen auf Studien der Hersteller, die selbst unabhängige Forscher mit der Begründung nicht einsehen dürfen, dass Geschäftsgeheimnisse betroffen seien.^[29] Studien unabhängiger Forscher spielen nur eine untergeordnete Rolle.

Im Juli 2017 schlug die EU-Kommission einem Expertenausschuss vor, die Zulassung um weitere zehn Jahre zu verlängern.^[30] Am 27. November 2017 hat eine Mehrheit der EU-Staaten einer Verlängerung der Zulassung um weitere 5 Jahre zugestimmt. Den Ausschlag gab dabei das Abstimmungsverhalten der Bundesregierung, die sich bei früheren Abstimmungen enthalten hatte, weil die zuständigen Minister Christian Schmidt (CSU) und Barbara Hendricks (SPD) sich nicht einig waren. Dieses Mal setzte sich Landwirtschaftsminister Schmidt jedoch ohne Abstimmung mit der Bundeskanzlerin und gegen den Widerspruch von Umweltministerin Hendricks über die Geschäftsordnung der Bundesregierung hinweg und stimmte eigenmächtig der Verlängerung zu.^[31]

Laut einem Bericht des "Spiegel" unterstützt die Bundesregierung die EU-Lebensmittelsicherheitsbehörde [EFSA](#) bei dem Versuch, die Veröffentlichung von Studien über Glyphosat zu verhindern.^[32] Die [EFSA](#) begründet - wie das [Bundesinstitut für Risikobewertung](#) (BfR) - die Geheimhaltung der Studien damit, dass eine Veröffentlichung die Geschäftsinteressen der Urheber Monsanto und Cheminova gefährdet und damit geltendes EU-Recht verletzt hätte. Vier grüne Europapapabgeordnete hatten die [EFSA](#) daraufhin vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) mit dem Argument verklagt, bei den Studien handle es sich um Umweltinformationen, die veröffentlicht werden müssten, selbst wenn Interessen von Unternehmen betroffen seien. Zudem sei das öffentliche Interesse in diesem Fall höher einzustufen. Die Bundesregierung ist dem Verfahren beigetreten - auf Seiten der [EFSA](#) und der Chemiekonzerne.

Im August 2018 verurteilte ein US-Gericht Monsanto zur Zahlung von 285 Mio. \$ (knapp 250 Mio. Euro) Schmerzensgeld, weil Glyphosat Krebs verursacht haben soll.^[33] Bayer will in Berufung gehen.

Recherchen von LobbyControl zu Glyphosat-Studien

2019 ergaben Recherchen von LobbyControl, dass zwei vermeintlich unabhängige Studien des Instituts für Agribusiness aus Gießen, die in die Wissenschaftswelt eingespeist wurden, von Monsanto finanziert waren. Nach einer ersten Anfrage durch LobbyControl, ob zwei Studien aus den Jahren 2011 und 2015 von Monsanto finanziert seien, stellte der Leiter des Instituts, Prof. P. Michael Schmitz klar, dass die Studien aus eigenem Forschungsinteresse und ohne Finanzierung durch Dritte erfolgt seien. Beide Studien warnten vor Milliarden Schäden durch ein mögliches Glyphosat-Verbot und betonten den ökologischen Nutzen von Glyphosat für die Landwirtschaft.

Bayer hat als neuer Monsanto-Eigentümer inzwischen eingeräumt, dass die Studien von Monsanto in Auftrag gegeben und mitfinanziert wurden. Das Unternehmen habe zum jetzigen Zeitpunkt keinen Anlass, an den Methoden, Inhalten oder Ergebnissen der Studien zu zweifeln. Gleichwohl entspreche der fehlende Hinweis auf die Unterstützung durch Monsanto nicht den Grundsätzen von Bayer.

Brisant ist der Vorfall auch deshalb, weil die Studien Eingang in entsprechende Fachliteratur fanden. So waren sie zum Beispiel in zwei Aufsätzen im Journal für Kulturpflanzen, einer vom Julius-Kühn-Institut herausgegebenen Zeitschrift, zu lesen. Es handelt sich dabei um ein Bundesforschungsinstitut, das dem Landwirtschaftsministerium untergeordnet ist. Die Aufsätze wurden darin von den Autoren unter dem Namen "Universität Gießen" geschrieben und erzeugten so den Eindruck universitärer Forschung zu entstammen. Und das, obwohl zwischen der Universität Gießen und dem Institut für Agribusiness keine formale Verbindung existiert. So wurde die eigentliche Herkunft der Aufsätze verschleiert. Die Gießener Studien wurden dabei in der jahrelangen Auseinandersetzung über einer Wiederzulassung von Glyphosat in der EU von Hersteller-Unternehmen als unabhängige wissenschaftliche Studien dargestellt und genutzt. Jedoch nur, um zu untermauern, dass ein landwirtschaftlicher Nutzen vorliege, da ein Verbot wirtschaftliche Schäden zur Folge hätte. Zur Debatte über Auswirkungen auf Gesundheit und Umwelt konnten die Studien keinen Beitrag leisten. Dass die Studien in die Debatten rund um Glyphosat eingebracht wurden, zeigt zum Beispiel der Eingang in eine Broschüre der Arbeitsgemeinschaft Glyphosat, eine Lobby-Plattform der Glyphosat-Hersteller. Auf europäischer Ebene bezog sich das europäische Pendant, die Glyphosate Task Force, mehrfach auf die Gießener Studien und die daraus entstandenen Fachartikel. Dazu kommt, dass diese Studien irreführend verwendet wurden. So wird in der Broschüre „Pflanzenschutz mit dem Wirkstoff Glyphosat“ der Arbeitsgemeinschaft Glyphosat unter Bezugnahme auf die Studien des Institut für Agribusiness die Behauptung aufgestellt, „Experten“ würden die wirtschaftlichen Schaden eines Glyphosat-Verbots für die EU auf bis zu 4 Milliarden US-Dollar schätzen. Die EU müsse ohne Glyphosat 6,3 Mio. t Weizen importieren.^[34] Diese Zahlen entstammen dem Szenario der Studie, das von einem Ertragsrückgang von 20% ohne Glyphosat ausgeht. Die Autoren bezeichnen das selbst als das extremste Szenario. Realistisch halten sie ein Szenario von -5%. In diesem Fall würde die EU laut der eigenen Studie 3,7 Mio. t Weizen exportieren. Die Aussage wäre damit eine ganz andere. Die Arbeitsgemeinschaft Glyphosat erwähnt mit keinem Wort, dass ihre Zahlen aus dem unwahrscheinlichen Extrem-Szenario kommen. Dieser Umgang mit der Studie ist irreführend.

Auch in Medien und Politik konnten die Studien vordringen. So fanden sie ihren Weg in den Glyphosat-Artikel der deutschen Wikipedia sowie in eine Literaturliste des Bundestages zu Glyphosat. Auch in einem Artikel der Wochenzeitung DIE ZEIT aus dem Jahr 2015 wird explizit auf eine der von Monsanto finanzierten Studien zurückgegriffen, in Form des Artikels aus dem Journal für Kulturpflanzen.^[35] Entsprechend der Angabe im Artikel, schreibt die Journalistin die Studienergebnisse direkt der Universität Gießen zu. Die LeserInnen des Artikels erfahren also nicht die eigentliche Herkunft der Studie. In einem weiteren Fall, bezog sich im Jahr 2011 die damalige agrarpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion im Bundestag während einer Debatte auf die "Untersuchungen der Universität Gießen", die gezeigt hätten, dass „ein Verbot von Glyphosat einerseits aus Sicht des Umweltschutzes völlig kontraproduktiv wäre und andererseits zu Wohlfahrtsverlusten in Milliardenhöhe führen würde“.^[36] Dass sie sich dabei auf von Monsanto finanzierte Studien bezog, war ihr

vermutlich nicht bewusst.

Der Konzern Monsanto steht bereits seit längerem in der Kritik, weil er sich mit aggressiven Lobbytechniken für die weitere Zulassung von Glyphosat einsetzt. Dazu gehört die Inszenierung von Unterstützerkampagnen über PR-Agenturen sowie die intransparente Finanzierung von Wissenschaftlern. Dabei zeigt ein Mailwechsel eines Wissenschaftlers mit Monsanto, warum externe Wissenschaftler für das Unternehmen so wichtig waren. In einer Mail schlägt Kevin Folta von der University of Florida einer Monsanto-Lobbyistin vor, in der Öffentlichkeit mit „farming mothers“, also Bäuerinnen mit Kindern zu werben. Die Lobbyistin widerspricht dem: Die Umfragen von Monsanto würden zeigen, dass nichts so gut wirke wie ein „credible third party scientist“. Also ein glaubwürdiger Wissenschaftler, der als dritte Partei fungiert und wahrgenommen wird, möglichst unabhängig von Monsanto.^[37] Wie aus einem Artikel der Wochenzeitung DIE ZEIT hervorgeht, widersprach Monsanto auf Nachfrage von ZEIT ONLINE den Anschuldigungen. Das Unternehmen arbeite transparent und „hat seine Rolle in wissenschaftlichen Kollaborationen immer vollständig eingeräumt“. ^[38] Unsere Recherchen zeigen das Gegenteil. Diese „third party“-Strategie steckt offensichtlich auch hinter den Gießener Studien.

Mit dem neuen Fall gibt es nun klare Belege, dass Monsanto auch in Deutschland in größerem Umfang Wissenschaftler finanziert und deren Forschungsergebnisse zu Lobbyzwecken verwendet hat, ohne die eigene Beteiligung daran offenzulegen. ^[39]

Im weiteren Verlauf der Recherchen, sind weitere Fälle verdeckter Finanzierung zu Tage getreten. Es handelt sich dabei um zwei Studien aus Großbritannien, die in der Fachzeitschrift „Outlooks on Pest Management“ veröffentlicht wurden – jeweils ohne Kennzeichnung, dass die Finanzierung von Monsanto stammte. ^{[40][41]} Anders als im Gießener Fall ist hier allerdings klar erkenntlich, dass die beiden Studien von der Beratungsfirma RSK Adas stammen. Sowohl die Beratungsfirma als auch Bayer haben uns gegenüber bestätigt, dass Monsanto die Studien finanziert hat. Auch diese Studien nutzte Monsanto für seine Lobbyarbeit. So bezog sich die „Glyphosate Task Force“, ein Zusammenschluss von Monsanto und weiteren Glyphosat-Herstellern, die gemeinsam die Wiederezulassung von Glyphosat in der EU beantragt hatte, auf beide Studien. ^[42] Auch die National Farmer’s Union, also der englische Bauernverband, verwendete die Studien in der eigenen Kampagne für den Erhalt von Glyphosat. Dabei wurden die Veröffentlichungen als Forschung einer „unabhängigen“ Beratungsfirma dargestellt, was angesichts der Monsanto-Finanzierung schlicht falsch ist. Nachdem die britische Zeitung *Guardian* die National Farmer’s Union im März angefragt hatte, ergänzte diese nun einen Hinweis auf die Finanzierung durch Monsanto. ^[43] Auch der deutschsprachige Wikipedia-Eintrag zu Glyphosat nutzt eine der beiden Studien als Beleg für die negativen Folgen eines Glyphosat-Verbots. Die Gießener Studien sind in der Wikipedia inzwischen als Monsanto-finanziert gekennzeichnet. ^[44]

Ähnlich wie bei den Gießener Studien gibt es bei einer der beiden britischen Studien Auffälligkeiten bei den zugrunde liegenden Daten und Annahmen. Der Aufsatz aus dem Jahr 2010 behandelt die ökonomischen Auswirkungen eines möglichen Glyphosat-Verbots. ^[40] Dazu beziehen sich die AutorInnen auf offizielle Statistiken des britischen Landwirtschaftsministeriums. Allerdings hielte Monsanto, so heißt es im Aufsatz, die offiziellen Angaben zur Nutzung von Glyphosat für zu niedrig. Mit dem Verweis auf den Einwand Monsanto wurden für einen Teil der Analyse wesentlich höhere Werte verwendet. Anstelle einer offiziellen Befragung, die immerhin 5 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche erfasste, verwendete man nun Annahmen aus zwei selbst organisierten Workshops mit unbenannten Agrarwissenschaftlern. Diese stammten vom Verband der unabhängigen Saatgutberater, deren Vorsitzender sich in der Vergangenheit immer wieder vehement für den Erhalt der Glyphosat-Zulassung einsetzte.

Monsanto hatte also offensichtlich direkten Einfluss auf die in der Studie verwendeten Daten. Nach einer ersten Anfrage durch LobbyControl hatte die Beratungsfirma noch geschrieben, Monsanto habe keinerlei Einfluss auf die Inhalte der Veröffentlichung ausgeübt. Auf weitere Nachfragen zu der Auswahl der Daten hieß es dann, man wolle diese Fragen nicht kommentieren. An anderer Stelle werden hohe Ertragseinbußen

behauptet, falls eine Form der Glyphosat-Anwendung (die Vorsaatsbehandlung) nicht mehr möglich sei. Die dafür als Beleg verwendete Quelle befasst sich aber primär mit anderen Pestiziden und kann die Annahme deshalb nicht überzeugend begründen. Auch die Anfrage seitens LobbyControl zu dieser Quelle und der hohen Annahme wurde durch die Beratungsfirma nicht beantwortet.

Im Ergebnis führt die Verwendung dieser Daten und Annahmen dazu, dass die potentiellen Umsatzeinbußen für die Landwirtschaft wesentlich drastischer ausfallen. Diese Aussage stützte Monsanto's Warnung vor Glyphosat-Verboten.^[45]

2016: Tribunal gegen Monsanto

Zwischen dem 14. und dem 16. Oktober 2016 fand in Den Haag, Niederlande, das [Monsanto Tribunal](#) statt. Dieses bezeichnet sich als eine internationale zivilgesellschaftliche Initiative, um Monsanto für Menschenrechtsverletzungen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und für Ökozid zur Verantwortung zu ziehen. Angesehene Richter hätten Zeugenberichte von Opfern gehört und würden ein Gutachten für weitere Vorgehen des Internationalen Gerichtshofes liefern. Am 18. April 2017 stellte die Gruppe ein umfangreichen Abschlussbericht vor, in dem die Geschäftspolitik des Konzerns heftig kritisiert wurde: dies betraf auch den Einfluss auf wissenschaftliche Forschungsergebnisse.^[46]

2015: Enthüllung einer PR-Kampagne von Monsanto mit kooperationswilligen Wissenschaftlern in den USA

Nach einem Bericht der „New York Times“ hat Monsanto in den USA Wissenschaftler in eine Kampagne zur Förderung gentechnisch veränderter Lebensmittel eingebunden, mit deren Durchführung das PR-Unternehmen [Ketchum](#) beauftragt wurde.^[47] Die diesbezüglichen Aktivitäten von Monsanto, der Biotechnology Industry Organisation und der Grocery Manufacturers Association sind in Tausenden von E-Mail-Seiten dokumentiert.

Wissenschaftler sind nach dem Bericht für die Lobby eine wichtige Zielgruppe, weil sie als unparteiisch und kompetent gelten und deshalb großen Einfluss auf die öffentliche Meinung sowie Politiker und Regulierer haben. Ein Teil der Wissenschaftler hat finanzielle Zuwendungen erhalten, anderen wurden Reisen nach Washington bezahlt, um dort die Interessen der Industrie zu vertreten. Weiterhin hat die Biotech-Industrie Dutzende von Artikeln unter dem Namen prominenter Akademiker veröffentlicht, die von Beratern der Industrie verfasst worden sind.

2013: Freihandelsabkommen und Gentech-Markt

Bei den Verhandlungen zum Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU, [Transatlantic Trade and Investment Partnership](#) (TTIP), geht es auch um die Marktöffnung für genmanipulierte Pflanzen und hormonbehandeltes Rindfleisch. Chefverhandler der US-Regierung für den Bereich Landwirtschaft ist Islam Siddiqui, der von 2001 bis 2008 als registrierter Lobbyist den Branchenverband [CropLife America](#) vertrat, in dem auch Monsanto Mitglied ist.^[48]

2012/13: Kampagne gegen eine Gentechnik-Kennzeichnung in den USA

Monsanto und weitere Unternehmen sowie der Branchenverband der Lebensmittelhersteller GMA betreiben in den USA eine Medienkampagne, um die Einführung einer gesetzlichen Kennzeichnung von Gentechnik in Lebensmitteln über Volksabstimmungen zu verhindern. Insgesamt investierten sie in den Jahren 2012/2013 17 Mio. Dollar, um Stimmung gegen entsprechende Gesetze in den Bundesstaaten Kalifornien und Washington zu machen. Im Bundesstaat Washington hat der Verband auf Druck der Staatsanwaltschaft mitgeteilt, welche Mitglieder sich mit welchen Beträgen an der Kampagne beteiligen. Danach gab allein Monsanto ca. 4,6 Mio. Dollar aus, um eine Kennzeichnungspflicht zu verhindern.^[49]

2012: Einflussnahme auf wissenschaftliche Studien

2012 hatte ein Team um den Wissenschaftler Gilles-Eric Séralini herausgefunden, dass Stoffe in einer von Monsanto gentechnisch manipulierten Mais-Sorte im Langzeit-Test bei Ratten zu einer erheblich größeren Häufigkeit von aggressivem Krebs führten. Die EU hatte den Mais zugelassen. Die Zulassung beruhte auf einer anderen wissenschaftlichen Studie, die nur die Ergebnisse von 90 Tagen untersuchte. Die Studie, mit der die EU-Entscheidung wissenschaftlich belegt worden war, war im Auftrag von Monsanto erstellt worden. Nachdem die Séralini-Studie bekannt wurde, bestritt die EU-Kommission in einer Pressemitteilung, dass die Studie wissenschaftlich sei. Wenig später wurde die Studie nach dem obligaten Procedere in einem angesehenen wissenschaftlichen Journal veröffentlicht. Gleichwohl erklärte die EU, dass sie keinen Grund sehe, die Zulassung für den Gen-Mais von Monsanto zu widerrufen.^{[50][51]}

2009: Verleihung des "Angry Mermaid Award" (Preis der wütenden Meerjungfrau)

Im Jahr 2009 wurde der von Attac Dänemark, Corporate Europe Observatory, Focus on the Global South, Friends of the Earth International, Oil Change International und Spinwatch organisierte Preis für irreführendes Konzern-Lobbying nach einer Online-Abstimmung an Monsanto vergeben. Monsanto war nominiert worden, weil das Unternehmen genmanipuliertes Saatgut wie die Soja-Bohne „RoundupReady“ in aggressiver Weise als Mittel zur Lösung der Klimaproblematik ins Gespräch brachte. In Lateinamerika trägt die Verbreitung von genmanipuliertem Soja der Monsanto-Marke „RoundupReady“ zur Vernichtung des Regenwalds bei und damit zur Steigerung von Treibhausgas-Emissionen. Dennoch arbeitete ein „Runder Tisch für verantwortungsbewusstes Soja“ (Round Table on Responsible Soy, RTRS) unter Beteiligung von Monsanto daran, gentechnisch verändertes Soja als „verantwortungsbewusst“ zu kennzeichnen.^[52]

Struktur, Geschäftsfelder und Finanzen

Monsanto stellte im Wesentlichen Saatgut und Pflanzenschutzmittel - u.a. das umstrittene Glyphosat - her. Der Schwerpunkt der Aktivitäten lag in den USA. Der Konzern hatte 2015 einen Umsatz von ca. 15 Mrd. US-Dollar und beschäftigt ca. 22.500 Mitarbeiter. In Deutschland war der Konzern über die Monsanto Agrar Deutschland GmbH mit Sitz in Düsseldorf in den Bereichen Pflanzenschutz, Saatgut, Gem  sesaatgut und Biotechnologie tätig.

Chairman und Chief Executive Officer war

- [Hugh Grant](#)

Weiterführende Informationen

- [Glyphosat und Krebs: Gekaufte Wissenschaft Die Tricks von Monsanto und der Beitrag der Behörden, um Glyphosat vor einem Verbot zu retten, März 2017](#)
- Eintrag zu [Monsanto bei Corporate Watch, UK](#)
- Eintrag zu [Monsanto bei CorpWatch, USA](#)
- Marie-Monique Robin (2008): Mit Gift und Genen: Wie der Biotech-Konzern Monsanto unsere Welt verändert
- Klaus Werner-Lobo, Hans Weiss (2010): Das neue Schwarzbuch Markenfirmen, aktualisierte Auflage, Eintrag: Monsanto

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Bayer streicht den Namen Monsanto](#), sueddeutsche.de vom 04.06.2018, abgerufen am 08.04.2020
2. ↑ [Gemeinsam schaffen wir ein führendes Unternehmen der Agrarwirtschaft](#), advancingtogetehr.com, abgerufen am 13.06.2018
3. ↑ [Monsanto Greenpeace Magazin 1.07](#), Webseite greenpeace-magazin, abgerufen am 16.07.2013
4. ↑ [Fördermitglieder der GKB e.V.](#) Webseite GKB, abgerufen am 14.11.2013
5. ↑ [Gesellschaft für konservierende Bodenbearbeitung e.V. \(GKB\) SATZUNG](#) Webseite GKB, abgerufen am 13.11.2013
6. ↑ [Bauernverbands-Präsident will weiter für Monsanto arbeiten](#), muv-nachrichten.de vom 19.08.2016, abgerufen am 29.07.2018
7. ↑ [Unsere Mitglieder](#), forum-moderne-landwirtschaft.de, abgerufen am 29.07.2018
8. ↑ [Emotionale Kampagne, wissenschaftlich nicht unterlegt](#), deutschlandfunk.de vom 25.10.2017, abgerufen am 29.07.2018
9. ↑ [Impressum](#), glyphosat.de, abgerufen am 21.12.2017
10. ↑ [Europa-Parlament entzieht Monsanto den Lobby-Zugang](#), heise.de vom 29.09.2017, abgerufen am 16.12.2017
11. ↑ Marianne Falck, Hans Leyendecker, Silvia Liebrich: Der unheimliche Konzern Monsanto - von "Agent Orange" zum genmanipulierten Mais, Süddeutsche Zeitung vom 13./14.07.2013
12. ↑ [Dämonen und Depeschen](#), 13.07.2013, sueddeutsche.de, abgerufen am 17.07.2013
13. ↑ [Current Partners](#), hesiglobal.org, abgerufen am 15.12.2017
14. ↑ Zusammenfassung dieser Debatte: [EFSA & BfR gefährden unsere Gesundheit zugunsten der Industrie](#), LobbyControl vom 01.06.2015, abgerufen am 08.04.2020
15. ↑ [WHO-Experten stufen Glyphosat als wahrscheinlich krebserregend ein](#), spiegel.de vom 30.07.2015, abgerufen am 16.04.2020
16. ↑ [Monsanto: Mächtige Lobby](#), sueddeutsche.de vom 16.07.2015, abgerufen am 08.04.2020

17. ↑ ^{17,017,1} [EFSA & BfR gefährden unsere Gesundheit zugunsten der Industrie](#), lobbycontrol.de vom 01.06.2015, abgerufen am 16.04.2020
18. ↑ [Wie gefährlich ist C3H8NO5P wirklich?](#), welt.de vom 15.07.2015, abgerufen am 08.04.2020
19. ↑ [Wenn Leserbriefe von Monsanto als Studien gelten](#), sueddeutsche.de vom 17.07.2015, abgerufen am 16.04.2020
20. ↑ [Open Letter: Review for the Carcinogenicity of Glyphosate by EFSA und BfR](#), drive.google.com vom 27.11.2015, abgerufen am 08.04.2020
21. ↑ [Wissenschaftler protestieren gegen Glyphosat-Bewertung](#), sueddeutsche.de vom 30.11.2015, abgerufen am 08.04.2020
22. ↑ [Hornbach verbannt Glyphosat und bienengefährdende Stoffe](#), utopia.de vom 02.03.2016, abgerufen am 08.04.2020
23. ↑ [EU-Dokumente belegen geheime Absprachen zwischen Kommission und Glyphosat-Herstellern](#), umweltinstitut.org vom 16.06.2016, abgerufen am 08.04.2020
24. ↑ [Glyphosat: Kommission verlängert Zulassung bis 2017](#), topagrar.com vom 29.06.2016, abgerufen am 08.04.2020
25. ↑ [Merkel spricht sich öffentlich für Glyphosat aus](#), topagrar.com vom 19.08.2016, abgerufen am 08.04.2020
26. ↑ [Glyphosate not classified as a carcinogen by ECHA](#), echa.europa.eu vom 15.03.2017, abgerufen am 08.04.2020
27. ↑ [ECHA: Glyphosat](#), echa.europa.eu, abgerufen am 08.04.2020
28. ↑ [Monsanto soll Glyphosat-Studien beeinflusst haben](#), sueddeutsche.de vom 15.03.2017, abgerufen am 08.04.2020
29. ↑ [Ein Mittel zur Vernichtung von Unkraut und Vertrauen](#), sueddeutsche.de vom 16.03.2017, abgerufen am 08.04.2020
30. ↑ [Glyphosat: EU-Kommission schlägt Zulassung für weitere zehn Jahre vor](#), spiegel.de vom 20.07.2017, abgerufen am 08.04.2020
31. ↑ [Rüge von Merkel: Schmidt hat sich bei Glyphosat nicht an Weisung gehalten](#), sueddeutsche.de vom 28.11.2017, abgerufen am 08.04.2020
32. ↑ [Bundesregierung hilft bei Geheimhaltung von Glyphosat-Studien](#), spiegel.de vom 07.12.2017, abgerufen am 08.04.2020
33. ↑ [Millionenstrafe gegen Monsanto](#), n-tv.de vom 11.08.2018, abgerufen am 08.04.2020
34. ↑ [Pflanzenschutz mit dem Wirkstoff Glyphosat](#), Arbeitsgemeinschaft Glyphosat, abgerufen am 24.03.2020
35. ↑ [Gift für mehr Wachstum](#), zeit.de vom 06.08.2015, abgerufen am 24.03.2020
36. ↑ [Plenarprotokoll 17/149](#), dipbt.bundestag.de vom 15.12.2011, abgerufen am 24.03.2020
37. ↑ [Food Industry Enlisted Academics in G.M.O. Lobbying War, Emails Show](#), nytimes.com vom 05.09.2015, abgerufen am 25.03.2020
38. ↑ [Hat Monsanto Wissenschaftler gekauft?](#), zeit.de vom 11.10.2017, abgerufen am 25.03.2020
39. ↑ [Verdeckte Finanzierung: Monsanto's Lobbystudien zu Glyphosat](#), lobbycontrol.de vom 05.12.2019, abgerufen am 01.04.2020
40. ↑ ^{40,040,1} [Cook S., S. Wynn, Clarke J.H. \(2010\). How valuable is glyphosate to UK agriculture and the environment? Outlook on Pest Management 21\(6\), S. 280-284](#)
41. ↑ [Wynn S., Cook, S. & Clarke J.H. \(2014\) Glyphosate use on combinable crops in Europe: implications for agriculture and the environment. Outlooks on Pest Management 25 \(5\), S. 327-331](#)
42. ↑ [Die wirtschaftliche Bedeutung von Glyphosat-haltigen Herbiziden: Fallstudien in Großbritannien und Deutschland](#), glyphosat.de vom 10.12.2012, abgerufen am 01.04.2020
43. ↑ [Glyphosate - the basics: Our Q&A](#), nfuonline.com vom 31.03.2017, abgerufen am 01.04.2020

44. ↑ [Glyphosat - Wikipedia](#), wikipedia.org, abgerufen am 01.04.2020
45. ↑ [Monsanto: noch mehr unsaubere Glyphosat-Studien](#), lobbycontrol.de vom 12.03.2020, abgerufen am 01.04.2020
46. ↑ [International Monsanto Tribunal: Advisory Opinion](#), montantotribunal.org vom 18.04.2017, abgerufen am 08.04.2020
47. ↑ [Eric Lipton: Food Industry Enlisted Academics in G.M.O. Lobbying War, Emails Show](#), nytimes.com vom 05.09.2015, abgerufen am 08.04.2020
48. ↑ [Der unheimliche Konzern: Monsanto - von "Agent Orange" zum genmanipulierten Mais](#), Süddeutsche Zeitung vom 13./14. Juli 2013
49. ↑ [Gentechnik-Kennzeichnung in den USA: Nur keine Transparenz](#), sueddeutsche.de vom 22.11.2013, abgerufen am 08.04.2020
50. ↑ [Lebensmittel: Wie Monsanto heimlich die EU unterwandert](#), deutsche-wirtschafts-nachrichten.de vom 01.05.2013, abgerufen am 01.04.2020
51. ↑ [William Engdahl: Cancer of Corruption, Seeds of Destruction: The Monsanto GMO Whitewash](#), globalresearch.ca vom 19.12.2012, abgerufen am 01.04.2020
52. ↑ [Monsanto gewinnt den Preis der wütenden Meerjungfrau](#), lobbycontrol.de vom 15.12.2009, abgerufen am 01.04.2020

Deutscher Raiffeisenverband

Der Deutsche Raiffeisenverband e. V. (DRV) ist als Dachverband die Interessenvertretung der genossenschaftlich organisierten Unternehmen der deutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft. Der Verband vertritt die Mitgliederinteressen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene gegenüber Politik, Administration, Wirtschaftspartnern und Öffentlichkeit. Laut [Satzung](#) arbeitet er bei der Durchführung seiner Aufgaben soweit wie möglich mit den Einrichtungen des Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverbands (DGRV) und der Genossenschaftsverbände zusammen. Landwirte, Gärtner und Winzer sind die Mitglieder und damit Eigentümer der Genossenschaften.

Ende 2022 betrugen die addierten Umsätze aller Raiffeisen-Genossenschaften in Deutschland 85,6 Mrd. Euro (inklusive Beteiligungen und Tochterunternehmen).^[1]

Die Kampagnen des DRV und des ihm nahestehenden [Deutschen Bauernverbands](#) richten sich insbesondere gegen Umwelt- und Tierschutzmaßnahmen, die die Ertragslage ihrer Mitglieder verschlechtern. Auch der Abbau umweltschädlicher Subventionen wird abgelehnt.^[2]

Deutscher Raiffeisenverband

Recht eingetragener Verein
sform
Tätig Interessenvertretung der
keits genossenschaftlich organisierten
berei Unternehmen der deutschen Agrar- und
ch Ernährungswirtschaft
Grün
dung
sdatu
m
Haupt
sitz
Lobb
ybüro
Lobb Rue du Luxembourg 47 - 51, 1050
ybüro Brüssel
EU
Web raiffeisen.de
dress
e

Inhaltsverzeichnis

1 Genossenschaften	24
1.1 Allgemein	24

1.2 Raiffeisen-Genossenschaften	25
2 Agrarförderung und Umweltschutz	25
3 Lobbystrategie und Einfluss	25
3.1 Deutschland	25
3.2 Brüssel	26
4 Fallbeispiele und Kritik	26
4.1 Verhinderung von EU-Umweltschutzvorhaben im Agrarbereich (Green Deal)	26
4.2 Kritik am Referentenentwurf des Gesetzes zur Änderung des Tierschutzgesetzes	27
5 Vernetzte Unternehmen	28
6 Vernetzung mit dem Deutschen Bauernverband	28
7 Baywa AG	29
8 Mitgliedschaften (Auswahl)	29
9 Organisation	30
9.1 Mitglieder/Mitgliederversammlung	30
9.2 Präsident	30
9.3 Präsidium	31
9.4 Geschäftsführung	31
10 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	31
11 Einzelnachweise	31

Genossenschaften

Allgemein

Nach § 1 des [Genossenschaftsgesetzes](#) ist der Zweck einer Genossenschaft darauf gerichtet, den Erwerb oder die Wirtschaft ihrer Mitglieder oder deren soziale oder kulturelle Belange durch gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb zu fördern. Im Vordergrund steht der genossenschaftliche Förderzweck und nicht die Zahlung einer Rendite.^[3] Die von den genossenschaftlichen Spitzenverbänden vertretenen Genossenschaften betätigen sich in den Bereichen Banken (Genossenschaftliche FinanzGruppe, Volksbanken und Raiffeisenbanken), Agrar, Handel/Handwerk/Dienstleistungen sowie Konsum und sonstige Dienstleistungen.

Genossenschaften zeichnet das sog. Identitätsprinzip aus.^[4] Dieses besagt, dass die Mitglieder gleichzeitig Mitträger der genossenschaftlichen Willensbildung, Geldgeber durch Einzahlungen auf die Geschäftsanteile sowie Geschäftspartner der Genossenschaft sind, beispielsweise als Kunden oder Kundinnen, Mieter und Mieterinnen bzw. Lieferanten oder Lieferantinnen. Die Fallpraxis des Bundeskartellamtes hat gezeigt, dass der Genossenschaft mit ihren Mitgliedern – trotz des genossenschaftlichen Identitätsprinzips – durchaus ein Handeln zu Lasten (eines Teils) der Mitglieder möglich ist.^[5]

Raiffeisen-Genossenschaften

Der DRV beschreibt die Tätigkeit der Raiffeisen-Genossenschaften wie folgt: Raiffeisen-Genossenschaften versorgen die Landwirte mit Betriebsmitteln, z. B. Saatgut, Düngemitteln, Futtermitteln und Agrartechnik. Sie erfassen, verarbeiten und vermarkten die gesamte Palette landwirtschaftlicher Erzeugnisse und bieten ihren Mitgliedern vielfältige Dienstleistungen, z. B. regelmäßige Überprüfung von Feldspritzgeräten, Reparatur von Landmaschinen und umweltgerechte Lagerung von Pflanzenschutzmitteln. Sie liefern Brenn- und Treibstoffe und betreiben rund 800 Tankstellen. Rund 1.400 Raiffeisen-Märkte bieten den Verbrauchern ein hochwertiges Sortiment für Haus und Garten sowie den Haustierbedarf.

Quelle: ^[6]

Agrarförderung und Umweltschutz

Laut Umweltbundesamt wird etwa 50 % der deutschen Fläche landwirtschaftlich genutzt.^[7] Die Art der Nutzung beeinflusst die biologische Vielfalt und die Umweltbelastung. Viele Tier- und Pflanzenarten profitierten etwa von einer extensiven Bewirtschaftung von Äckern und Weiden. Intensiv bewirtschaftete landwirtschaftliche Flächen wiederum könnten die Natur belasten: Sie können Biotopstöörungen, Gewässer im Überfluss mit Nährstoffen anreichern (eutrophieren) sowie Böden und Grundwasser weiteren Belastungen aussetzen. Nach Auffassung des NABU sollte die Agrarförderung deshalb dem Allgemeinwohl dienen und nicht den Interessen weniger Großbetriebe sowie jenen, die an der hoch-intensiven Landwirtschaft mitverdienen.^[8]

Eine vom Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft im Auftrag von Greenpeace erstellte [Studie „Subventionen und Abgaben im Agrarsektor“](#) vom Januar 2024 zeigt den Spielraum auf, der beim Abbau umweltschädlicher Subventionen genutzt werden muss, um Anreize für eine sozial- gerechte Agrar- und Ernährungswende zu setzen und eine umwelt- und klimaverträgliche Land- und Forstwirtschaft gezielt zu fördern. Die großen Lobbyverbände der Agrarwirtschaft - insbesondere der DRV und der [Deutscher Bauernverband](#) -, machen regelmäßig gegen Umweltschutzvorhaben mobil, die die ökonomischen Interessen ihrer Mitglieder berühren.

Lobbystrategie und Einfluss

Deutschland

Im deutschen Lobbyregister gibt der DRV an (Stand: 19.03.2024), im Jahr 2022 1.450.001 bis 1.460.000 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und 11 bis 20 Lobbyist:innen zu beschäftigen.^[9] Als Lobbyist:innen in Berlin betätigen sich:

- Christoph Metzner (Vorstandsstab, Leiter Public Affairs)
- Nora Haurert (Referentin Vorstand)
- Paula Pickert (Betriebsmittel Pflanzenbau, Public Affairs)^[10]

Bei der Lobbyarbeit kooperiert der DRV u.a. mit dem [Deutschen Bauernverband](#). Er ist weiterhin Mitglied der [Arbeitsgemeinschaft Mittelstand](#), die Parlamentarische Abende unter Beteiligung des DRV veranstaltet.^[11]

Brüssel

Wichtige Themen der Lobbyarbeit in Brüssel sind: Zukünftige Ausgestaltung der Gemeinsame Agrarpolitik, Handelspolitik, Organisation der Lebensmittelkette, lebens- und futtermittelrechtliche Fragen, Green Deal. In Brüssel beschäftigt der DRV (Stand: 19.03.2024) drei Lobbyist:innen (Vollzeitäquivalent: 2,2); die Lobbyausgaben lagen im Geschäftsjahr 2022 zwischen 100.000 und 199.999 Euro.^[12]

Thomas Memmert, Mitglied der DRV-Geschäftsführung und Vizepräsident von COPA, ist für das Verbindungsbüro Brüssel zuständig. Dessen Leiter ist Hans-Jürgen Zens.

Der DRV beteiligt sich in Brüssel an den Lobbyaktivitäten der europäischen Verbände COPA und European Dairy Association (EDA).^[13]

Fallbeispiele und Kritik

Verhinderung von EU-Umweltschutzvorhaben im Agrarbereich (Green Deal)

Nach Kritik der Agrarlobby unter Beteiligung des DRV sind die folgenden Vorhaben der EU-Kommission gescheitert:

Verordnung zum Pflanzenschutz (SUR)

Der Vorschlag zur „Verordnung über den nachhaltigen Einsatz von Pflanzenschutzmitteln“ (Sustainable Use Regulation - SUR) sah vor, den Einsatz von chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln (PMS) bis 2035 zu halbieren.^[14] Die SUR wurde als Teil der Farm-to-Fork-Strategie der EU vorgelegt, mit der die Lebensmittelsysteme nachhaltiger und umweltfreundlicher ausgerichtet werden sollen.^[15] Am 19.

September 2022 nahm der DRV zum Vorschlag der EU-Kommission wie folgt Stellung^[16]: „1. Der Vorschlag geht einseitig zu Lasten der Land- und Ernährungswirtschaft und zeigt weder etwaige Konsequenzen noch Alternativen auf. 2. Großräumige pauschale Anwendungsverbote für Pflanzenschutzmittel treffen nicht nur die Landwirtschaft – sie verändern das Landschaftsbild und beeinträchtigen den Wohlstand der dort lebenden Bürger“.

Am 21. November 2023 ist die EU-Pflanzenschutzverordnung im Europäischen Parlament überraschend komplett gescheitert.^[17] Die Berichterstatterin des Parlaments, die österreichische Grüne Sarah Wiener, bezeichnete das Scheitern als schwarzen Tag für die Umwelt und Europas Landwirte. Franz-Josef Holzenkamp, der Präsident des DRV sprach von einer Entscheidung der Vernunft. Vor dem Hintergrund der europäischen Bauernproteste und der anstehenden Europawahlen verkündigte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am 6. Februar 2024, dass der Verordnungsentwurf nicht weiterverfolgt werde.^[18] Der Vorschlag sei zu einem Symbol der Polarisierung geworden. Im März 2023 ist die CDU-Politikerin von der Leyen von der Europäischen Volkspartei (EVP) zur Spitzenkandidatin für die Europawahl gewählt worden.^[19] Im EVP-Wahlprogramm heißt es nun, der "Green Deal" dürfe die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen nicht einschränken und die Landwirtschaft nicht gefährden.

Gesetz zur Wiederherstellung der Natur (Nature Restoration Law - NRL)

Die EU-Kommission hatte das Gesetz zur Wiederherstellung der Natur im Juni 2022 vorgelegt, mit dem erstmals rechtsverbindliche Ziele für die Wiederherstellung von degradiertem Land und die Umkehrung des Verlusts der biologischen Vielfalt eingeführt wurden.^[20] Das Gesetz sollte die Mitgliedsstaaten u.a. dazu verpflichten, bis 2030 mindestens 30 % der entwässerten Moore wiederherzustellen, davon ein Viertel durch Wiedervernässung.^[21]

In einer Pressemitteilung vom 12. Juli 2023 kritisierte Henning Ehlers, Hauptgeschäftsführer des DRV, das Gesetzesvorhaben: „Die über Monate geführte polarisierende Debatte und die nun knappe Abstimmung im Europaparlament zeigen deutlich, wie fehlerbehaftet das gesamte Gesetzes-Vorhaben ist. Die fachlichen Mängel sind offensichtlich. Insbesondere die massiven Einschränkungen auf die europäische Lebensmittelerzeugung und die zu befürchtenden Produktionsverlagerungen in Drittländer, die weitaus schlechtere Standards beim Naturschutz haben, sind nicht ausreichend berücksichtigt.“^[22]

Obwohl das EU-Parlament noch Ende Februar 2024 einen Trilog-Kompromiss zum Naturschutzgesetz mit knapper Mehrheit angenommen hatte, fand dieser im März 2024 unter den EU-Umweltministern überraschend keine Mehrheit, weil Ungarn kurzfristig vom Ja- ins Nein-Lager wechselte.^[23] Die belgische EU-Präsidentschaft setzte den Punkt daher kurzerhand von der Tagesordnung ab. Das bereits als gescheitert betrachtete Gesetz fand im Juni 2024 im EU-Umweltrat doch noch eine Mehrheit, weil die grüne österreichische Umweltministerin Leonore Gewessler im Namen der Regierung mit Ja stimmte, was ihr Regierungspartner ÖVP für rechtswidrig hält.^[24]

Kritik am Referentenentwurf des Gesetzes zur Änderung des Tierschutzgesetzes

Der Referentenentwurf zur Änderung des deutschen Tierschutzgesetzes (Stand: 01.02.2024) enthält u.a.:

- das grundsätzliche Verbot Tiere angebunden zu halten
- die Reduzierung der Durchführung nicht-kurativer Eingriffe
- die Verpflichtung zur Identitätsmitteilung im Online-Handel mit Heimtieren
- die Einführung einer Video-Überwachung in Schlachthöfen
- das Ausstellungs- und Werbeverbot für Tiere mit Qualzuchtmerkmalen
- das Verbot des Haltens und zur Schaustellens bestimmter Tiere an wechselnden Orten

Quelle: ^[25]

Bisher dürfen unter acht Tage alten Lämmern ohne Betäubung die Schwänze kupiert werden; künftig soll der Eingriff nur noch bei Betäubung erlaubt sein.^[26] Dies gilt auch für das Entfernen der Hörner von Kälbern. Nach Angaben des Deutschen Tierschutzbundes sei das Kupierverbot für Jagdhunde gestrichen worden.^[27] Dagegen habe sich Hobbyjäger Christian Lindner (FDP) gestemmt.

In seiner Stellungnahme vom 1. März 2024 erklärt der DRV, neben dem Tierschutz müssten auch die Arbeitssicherheit und die Ausgestaltung von Arbeitsplätzen sowie wirtschaftliche Aspekte berücksichtigt werden.^[28] Er sieht es als unabdingbar an, dass der vorgelegte Referentenentwurf grundlegend überarbeitet werden muss. Aus Sicht des DRV und seiner Mitgliedsunternehmen sind folgende Punkte von herausragender Bedeutung:

- Ergänzung der Kombinationshaltung für Rinder (Erläuterung: Bei der Kombinationshaltung werden Weidehaltung und/oder Laufhof sowie Bewegungsbucht kombiniert)

- Eine zeitlich begrenzte Fixierung von Rindern muss durch den Tierhalter weiterhin möglich sein
- Betäubung und Schmerzmittelgabe beim Enthornen von bis zu 4 Wochen alten Rindern durch den geschulten Anwender
- Erst praxis- und wettbewerbstaugliche Haltungsbedingungen für Haltung von Schweinen mit langen Schwänzen, dann gesetzliche Anpassung
- Ja zu Kameras in Schlachtbetrieben, allerdings ohne Einschränkung nach Betriebsgröße und nur an Stellen mit Mensch-Tier-Interaktion
- Qualzucht gezielt einschränken, aber nicht die Tierzucht massiv beschränken. Ausnahmetatbestand für die Kennzeichnung von Kadavern von bis zu 8 Tagen alten Ferkeln.

Der Deutsche Tierschutzbund kritisiert in einer Pressemeldung vom 2. Februar 2024, dass das Verbot der tierschutzwidrigen Anbindehaltung von Rindern nicht umgesetzt werde: "Die saisonale Anbindehaltung, bei der die Tiere den überwiegenden Teil des Jahres angebunden bleiben können, bleibt grundsätzlich möglich".^[29] Das Schwanzkupieren bei Schweinen sowie das Schnabelkürzen bei Legehennen und Puten werde im Entwurf nicht verboten, Lämmer und Zicklein dürften weiterhin betäubungslos kastriert werden. Unakzeptabel sei auch, dass die Videoüberwachung in Schlachthöfen nicht für kleine Betriebe gelten soll - obwohl es dort erfahrungsgemäß die meisten Missstände gebe.

Vernetzte Unternehmen

Nach eigenen Angaben ist der DRV mit unterschiedlichen Partnerunternehmen und -Organisationen vernetzt. Eine Liste der Unternehmungen, bei denen der DRV als Mitglied bzw. Gesellschafter tätig ist, eine Übersicht seiner Verbundpartner sowie eine kurze Vorstellung der Dienstleister und Technikunternehmen, mit denen der DRV kooperiert, ist [hier](#) abrufbar.

- **Mitglied/Gesellschafter.** Beispiele: [COPA](#), Forum Moderne Landwirtschaft, Grain Club
- **Verbundpartner.** Beispiele: Bausparkasse Schwäbisch Hall, [Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken](#) (BVR), Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband (DGRV), DZ Bank AG, R+V Versicherung AG, Union Investment Gruppe
- **Dienstleister und Technik.** Beispiele: VR Payment, DG Nexolution eG, geno kom Werbeagentur

Vernetzung mit dem Deutschen Bauernverband

Laut [Satzung des DRV](#) kann dessen Präsidium den Präsidenten des [Deutschen Bauernverbands](#) (DBV) und bis zu 2 Repräsentanten des bäuerlichen Berufsstandes hinzuwählen. Aktuell (März 2024) ist Bauernverbandspräsident Joachim Rukwied Präsidiumsmitglied des DRV, der seinerseits dem DBV als ordentliches Mitglied angehört. Beide Organisationen arbeiten eng zusammen, so bei der [Verbändeallianz zur Beibehaltung der Regelungen für den Agrardiesel](#), der [Strategie 2030 der deutschen Milchwirtschaft](#) und der [Aktualisierten Futtermittelvereinbarung im QM-Milch-System ab 1. Januar 2024](#).

Baywa AG

Der DRV ist eng mit der Baywa AG, dem umsatzstärksten Agrarhandelsunternehmen Deutschlands^[30], verbunden, die über ihr Aufsichtsratsmitglied [Monika Hohlmeier](#) (Parlamentarische Geschäftsführerin der CSU-Europagruppe) einen besonderen Zugang zum EU-Parlament hat. Größte Aktionäre der Baywa sind die Bayerische Raiffeisen-Beteiligungs AG und die österreichische Raiffeisen Agrar Invest AG.^[31] Zu den Mitglieder des Aufsichtsrats gehören Wilhelm-Joseph Oberhofer, Mitglied des Vorstands der Raiffeisenbank Kempten Oberallgäu EG und der Bayerischen Raiffeisen-Beteiligungs AG sowie Michael Göschelbauer, Landwirt und Aufsichtsratsvorsitzender der RWA Raiffeisen Ware Austria AG. Die Baywa ist Mitglied des DRV; ihr Vorstandsvorsitzender Marcus Pöllinger ist Mitglied des DRV-Präsidiums.^[32]

Das Aufsichtsratsmitglied Monika Hohlmeier sprach sich 2022 in einer Videokonferenz mit oberfränkischen Kreisbäuerinnen und Kreisobmänner gegen die Vorschläge der EU-Kommission aus, den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zu reduzieren.^[33] Pflanzenschutzmittel werden auch von Baywa vertrieben. Bereits 2019 hatte sie ein Treffen von Vertretern des Bayerischen Bauernverbands und des Landesbauernverbands mit Spitzenbeamten aus der Generaldirektion Umwelt, die für die Novellierung der Düngeverordnung zuständig waren, vermittelt.^[34] Bei Veranstaltungen des Bayerischen Bauernverbands tritt sie auch als Rednerin auf.^[35]

Das Bundeskartellamt hat 2020 Bußgelder in Höhe von insgesamt 154,6 Mio.Euro gegen sieben Großhändler von Pflanzenschutzmitteln und deren Verantwortliche wegen Absprachen über Preislisten, Rabatte und einige Einzelpreise beim Verkauf an Einzelhändler und Endkunden in Deutschland verhängt, wovon 69 Mio. Euro auf die Baywa entfallen.^{[36][37]} Zu den Geschädigten der Großhändler gehören auch Bauern, denen ein genossenschaftlich organisiertes Unternehmen wie die Baywa ihrem Anspruch nach nicht schaden sollte, insbesondere wenn der Präsident des Deutschen Bauernverbands bei ihr im Aufsichtsrat sitzt. Laut Vorstandsvorsitzendem Marcus Pöllinger war die Baywa zwar von Anfang an eine Aktiengesellschaft, wurzelt jedoch im Genossenschaftswesen und dessen Wertekanon.^[38] Inzwischen haben Tausende von Bauern über eine Sammelklage Schadenersatzforderungen geltend gemacht.^[39]

Mitgliedschaften (Auswahl)

- [Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband](#) (DGRV), der die gemeinsamen Interessen der Genossenschaften in Deutschland und Europa vertritt. Die Mitgliedschaft im DGRV ist in § 3 der Satzung festgeschrieben. DRV-Präsident Holzenkamp ist Vorsitzender des Verwaltungsrats (Präsident) des DGRV
- [Deutscher Bauernverband](#)
- [Lebensmittelverband Deutschland](#)
- Grain Club (Mitglieder sind die folgenden Verbände: DRV, DER AGRARHANDEL, Deutscher Verband des Großhandels mit Ölen, Fetten und Ölröhrstoffen sowie Verband der ölsaattverarbeitenden Industrie in Deutschland)
- Bundesverband d. dt. Bioethanolwirtschaft
- [Forum Moderne Landwirtschaft](#) (Netzwerk aus allen Bereichen der Land- und Ernährungswirtschaft sowie vor- und nachgelagerten Bereichen wie Agrarchemie und Lebensmittelhandel)
- German Export Association for Food and Agriproducts (GEFA)
- i.m.a - information.medien.agrar
- Union zur Förderung von Öl- und Proteinpflanzen
- Union der Deutschen Kartoffelwirtschaft

- Verband der Deutschen Milchwirtschaft
- Verband Deutscher Weinexporteure
- European Dairy Association
- [COPA-COGECA](#)
- Bundesmarktverband für Vieh und Fleisch
- Zentrale Koordination Handel-Landwirtschaft e.V. (ZKHL)

Organisation

Mitglieder/Mitgliederversammlung

Direkte Mitglieder des DRV sind u.a. fünf Regionalverbände und regionale Zentralen der verschiedenen Sparten (Stand: 31.12.2022).^[40] Die einzelnen Genossenschaften sind Mitglieder in einem der Regionalverbände, die die gesetzlich vorgeschriebene Pflichtprüfung durchführen und die Unternehmen intensiv beraten. Die 1.693 Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften in der deutschen Raiffeisen-Organisation (Stand 31.12.2022) setzen sich wie folgt zusammen: 1.119 ländliche Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften (zzgl. 507 Agrargenossenschaften), 62 Kreditgenossenschaften mit Warengeschäft und 5 Hauptgenossenschaften.^[41] In den Warensparten arbeiten: 251 Bezugs- und Absatzgenossenschaften, 156 Milchgenossenschaften, 74 Vieh- und Fleischgenossenschaften, 77 Obst-, Gemüse- und Gartenbaugenossenschaften, 144 Winzergenossenschaften, 57 Agrargenossenschaften, 417 sonstige Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften, z.B. Bioenergie-, Windpark-, Forstwirtschaftliche Genossenschaften. Die Mitgliederversammlung wählt das Präsidium.

Präsident

DRV-Präsident ist seit 07/2017 der landwirtschaftliche Unternehmer Franz-Josef Holzenkamp, der in den folgenden weiteren Gremien präsent ist:

- Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband (DGRV), Vorsitzender des Verwaltungsrats (Präsident)
- AGRAVIS Raiffeisen AG und Raiffeisendruckerei GmbH, Vorsitzender des Aufsichtsrats
- DG Nexolution eG., Mitglied des Aufsichtsrats
- Deutsche Friedrich-Wilhelm-Raiffeisen-Gesellschaft e.V., Vorsitzender des Kuratoriums
- VLI Verbindungsstelle Landwirtschaft-Industrie e.V., Mitglied im erweiterten Vorstand^[42]

Der seit Jahren als Agrarlobbyist tätige Landwirt war außerdem bis 2017 CDU-Bundestagsabgeordneter, agrarpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Mitglied im Bundestagsausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, in dem die Weichen für die Agrarpolitik gestellt werden. Holzenkamp war als Bundestagsabgeordneter für den Bereich zuständig, für den er als Unternehmer und Lobbyist aktiv war. Nach Recherchen der Süddeutschen Zeitung hat er bei der geplanten Änderung der Düngeverordnung Formulierungshilfe für einen Änderungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD geleistet und dafür gesorgt, dass die Forderung nach einer „bedarfsgerechten Düngung“ aufgenommen wurde.^[43] Fast zeit- und wortgleich habe der Bauernverband in einer Anhörung kritisiert, dass der Landwirt bei einer Änderung der Verordnung nicht mehr die "bedarfsgerechte Düngung" der Pflanzen anwenden könne, sondern sich immer schärferen Grenzwerten unterordnen müsse.

Präsidium

Laut [Satzung](#) besteht das Präsidium aus: dem Präsidenten, Vertretern eines jeden Genossenschaftsverbandes, bis zu 14 Vertretern der verschiedenen Fachbereiche der genossenschaftlichen Warenwirtschaft, einem Vertreter der Agrargenossenschaften, bis zu 6 Vertretern aus den Bundeszentralen sowie anderen Unternehmen und Organisationen. Unter den Mitgliedern sollen sich Repräsentanten des bürgerlichen Berufsstandes befinden. Das Präsidium kann den Vorsitzenden des Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverbands (DGRV), den Präsidenten des [Bundesverbands der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken](#), den Präsidenten des [Deutschen Bauernverbands](#) und bis zu 2 Repräsentanten des bürgerlichen Berufsstandes hinzuwählen.

Geschäftsführung

Die Mitglieder der Geschäftsführung sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören:

- Jörg Migende, Hauptgeschäftsführer, zuständig für die Geschäftsbereiche Finanzen, Public Affairs, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Vorstandsvorsitzender der Raiffeisen-Stiftung
- Thomas Memmert, zuständig für die Geschäftsbereiche Verbindungsbüro Brüssel, Tierische Veredlung (Milch, Futter, Vieh und Fleisch); [COGECA](#)-Vizepräsident

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Genossenschaften - gestern, heute, morgen](#), raiffeisen.de, abgerufen am 21.03.2024
2. ↑ [Aufruf zur Bauerndemo für Agrardiesel](#), bauernverband.de vom 15.12.2023, abgerufen am 03.04.2024
3. ↑ [Leitlinien für die Vereinbarkeit des Genossenschaftswesens mit dem Kartellrecht, November 2021](#), bundeskartellamt.de, abgerufen am 16.03.2024
4. ↑ [Was zeichnet eine Genossenschaft aus](#), bmj.de, abgerufen am 21.03.2024
5. ↑ [Leitlinien für die Vereinbarkeit des Genossenschaftswesens mit dem Kartellrecht, November 2021](#), bundeskartellamt.de, abgerufen am 16.03.2024
6. ↑ [Genossenschaften - gestern, heute, morgen](#), raiffeisen.de, abgerufen am 24.03.2024
7. ↑ [Struktur der Flächennutzung](#), umweltbundesamt.de vom 17.11.2023, abgerufen am 03.04.2024
8. ↑ [Die deutsche Agrarlobby: verfilzt, intransparent und wenig am Gemeinwohl orientiert](#), nabu.de vom 29.04.2019, abgerufen am 03.04.2024
9. ↑ [Eintrag Lobbyregister](#), lobbyregister.de, abgerufen am 22.03.2024
10. ↑ [Personen](#), raiffeisen.de, abgerufen am 22.03.2024

11. ↑ [Parlamentarischer Abend Mittelstand](#), raiffeisen.de vom 21.03.2024, abgerufen am 29.03.2024
12. ↑ [Eintrag im EU Transparenzregister](#), ec.europa.eu, abgerufen am 22.03.2024
13. ↑ [Eintrag im EU Transparenzregister](#), ec.europa.eu, abgerufen am 22.03.2024
14. ↑ [EU-Verordnung Pflanzenschutzmittel: Leistungen und Kosten beachten!](#), wirtschaftsdienst.eu, Heft 12/2023, abgerufen am 31.03.2024
15. ↑ [Europäische Kommission zieht Reform des EU-Pflanzenschutzrechts zurück](#), europa.rlp.de vom 09.02.2024, abgerufen am 31.03.2024
16. ↑ [Stellungnahme zu einem Vorschlag der EU-Kommission für eine Verordnung über die nachhaltige Verwendung von Pflanzenschutzmitteln](#), raiffeisen.de vom 19.09.2022, abgerufen am 31.03.2024
17. ↑ [Eklat in Straßburg: EU-Pflanzenschutzverordnung scheitert im Parlament](#), agrarheute.de vom 21.11.2023, abgerufen am 31.03.2024
18. ↑ [Europäische Kommission zieht Reform des EU-Pflanzenschutzrechts zurück](#), europa.rlp.de vom 09.02.2024, abgerufen am 31.03.2024
19. ↑ [Von der Leyen zur EVP-Spitzenkandidatin für Europawahl gewählt](#), tagesschau.de vom 07.03.2024
20. ↑ [EU-Ausschuss lehnt Gesetz zur Wiederherstellung der Natur ab](#), euractiv.de vom 25.05.2023, abgerufen am 31.03.2024
21. ↑ [Umweltminister beerdigen wichtiges EU-Gesetz](#), agrarheute.com vom 26.03.2024, abgerufen am 02.04.2024
22. ↑ [Zweifel an dem Gesetz bleiben](#), raiffeisen.de vom 12.07.2023, abgerufen am 31.03.2024
23. ↑ [Umweltminister beerdigen wichtiges EU-Gesetz](#), agrarheute.com vom 26.03.2024, abgerufen am 02.04.2024
24. ↑ [Kanzler hält an Koalition fest](#), sueddeutsche.de vom 17.06.2024, abgerufen am 26.06.2024
25. ↑ [Referentenentwurf des Bundesministeriums für Landwirtschaft und Forsten](#), bmel.de, abgerufen am 05.04.2024
26. ↑ [Kühe, Schweine, Zirkustiere: Was das neue Tierschutzgesetz vorsieht](#), rnd. vom 02.02.2024, abgerufen am 05.04.2024
27. ↑ [Kühe, Schweine, Zirkustiere: Was das neue Tierschutzgesetz vorsieht](#), rnd. vom 02.02.2024, abgerufen am 05.04.2024
28. ↑ [DRV-Stellungnahme zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Änderung des Tierschutzgesetzes und des Tiererzeugnisse-Handels-Verbotsgesetzes](#), raiffeisen.de vom 01.03.2024, abgerufen am 05.04.2024
29. ↑ [Entwurf für ein neues Tierschutzgesetz enttäuscht](#), tierschutzbund.dee vom 02.02.2024, abgerufen am 05.04.2024
30. ↑ [Konzernfinanzbericht 2022](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 06.03.2024
31. ↑ [Konzernfinanzbericht 2023](#), lobbyregister.de, abgerufen am 22.05.2024
32. ↑ [Präsidium](#), raiffeisen.de, abgerufen am 22.05.2024
33. ↑ [EU-Kommissionsvorschlag beim Pflanzenschutz in der Diskussion](#), bayerischerbauernverband.de vom 21.10.2022, abgerufen am 09.04.2024
34. ↑ [Bauernverband in Brüssel](#), lbv-bw.de, abgerufen am 9.04.2024
35. ↑ [Öffentliche Kreisversammlung Gastrednerin MdEP Monika Hohlmeier](#), bayerischerbauernverband.de vom 12.03.2023, abgerufen am 09.02.2024
36. ↑ [Bußgelder gegen Großhändler von Pflanzenschutzmitteln wegen wettbewerbswidriger Abstimmung von Preislisten, Rabatten und Einzelpreisen](#), bundeskartellamt.de vom 13.01.2020, abgerufen am 07.03.2024
37. ↑ [Der Aufstand der betrogenen Bauern](#), merkur.de vom 04.04.2023, abgerufen am 07.03.2024
38. ↑ [„Wir können viel zum Positiven verändern“ - Nachhaltigkeitsbericht 2022](#), baywa.com, abgerufen am 07.03.2024

- 39. ↑ [Der Aufstand der betrogenen Bauern](#), merkur.de vom 04.04.2023, abgerufen am 07.03.2024
- 40. ↑ [Organisation](#), raiffeisen.de, abgerufen am 22.03.2024
- 41. ↑ [Genossenschaften - gestern, heute, morgen](#), raiffeisen.de, abgerufen am 22.03.2024
- 42. ↑ [Vita](#), raiffeisen.de, abgerufen am 12.01.2024
- 43. ↑ [Wie Lobbyisten bestimmen, was wir essen](#), sueddeutsche.de vom 15.09.2017, abgerufen am 24.03.2024